

Kommentar

Ja zu Europa! Warum wir ohne die EU nicht mehr leben können

Was für ein freudiges Ereignis: Vor genau 60 Jahren, am 25. März 1957, unterzeichneten die sechs Gründungsmitglieder der EU – Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg – die Römischen Verträge und gründeten damit die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft. Der Grundstein zur Europäischen Gemeinschaft war gelegt, heute vereint sie 28 Staaten – noch.



Nina Kugler über die Vorteile der Europäischen Union

Einkaufsmöglichkeit verlieren würde, oder für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit umliegenden Regionen. Ohne die Hilfe aus Brüssel würde all das nicht funktionieren.

Der drohende Brexit ist nur ein Grund, warum in Brüssel gerade niemandem so recht der Sinn nach einer großen Feier steht. Denn Europa steckt in der Krise: Euro-Krise, Terror und Flüchtlingsstreit. Dazu noch der neue US-Präsident Donald Trump, der die rechtspopulistischen Parteien auf dem alten Kontinent regelrecht zu beflügeln scheint. In Zeiten der Krise muss die EU nun häufig als Sündenbock herhalten. Darüber vergessen viele Menschen, wie schlecht es uns ohne ein vereintes Europa ginge.

Seitdem die Europäische Union existiert, leben wir in Frieden. Es ist sogar die längste Friedensphase, die es je auf dem europäischen Kontinent an einem Stück gegeben hat. Und im Laufe der vergangenen Jahrzehnte kamen noch viel weitere Errungenschaften hinzu: wirtschaftlicher Wohlstand, Freiheit, offene Grenzen und Freizügigkeit.

Ja, das kostet Geld. Aber sollte es uns das nicht auch wert sein? Deutschland zählt zu den größten Nettozahlern der EU. Aber dafür spült die Gemeinschaft auch viel Geld in die Regionen

Und nicht nur in Rheinland-Pfalz, nein, in ganz Europa bemüht sich die EU, das Leben ihrer Bürger besser zu machen. Sie unterstützt Firmen und hilft, den Tourismus anzukurbeln, Innenstädte zu verschönern, die Umwelt zu schützen, Regionen voranzubringen und den Wohlstand zu vergrößern.

Dank dieser Anstrengungen geht mittlerweile ein Ruck durch die Gesellschaft – die EU gewinnt wieder an Ansehen. In einer Studie, die Anfang des Monats von EU-Vertretern in Berlin veröffentlicht wurde, sagten 37 Prozent der Deutschen, dass sie mit Europa ein positives Bild verbinden – das sind 8 Prozent mehr als noch im Mai 2016. Und in den Niederlanden fuhr der Rechtspopulist Geert Wilders jüngst eine empfindliche Niederlage ein – entgegen aller Prognosen wurde seine europafeindliche Partei nicht stärkste Kraft bei den Parlamentswahlen. Es geht bergauf mit unserer Gemeinschaft. Und es gibt keinen Grund, das nicht zu feiern.

E-Mail: nina.kugler@rhein-zeitung.net

Leserbriefe

Gesundheit Patienten sollen sich bei jedem Arztbesuch an den Kosten beteiligen. Diese Arztgebühr hat die Kassenärztliche Vereinigung (KV) in Rheinland-Pfalz im Gespräch mit unserer Zeitung gefordert.

„Geldgier“

Was hier die Kassenärztliche Vereinigung fordert, ist reine Geldgier. Seit mehr als 40 Jahren fordern vernünftige Mitbürger, dass jeder Kassenpatient eine Kopie der Arztrechnung zur Kenntnis erhält. Zum einen würde sich manch einer überlegen, zum Arzt zu gehen, oder den Wunsch nach einer aufwendigen Untersuchung, wenn er wüsste, welche Kosten dabei entstehen. Andererseits wäre eine Kontrolle da über die tatsächlich geleistete Tätigkeit des Arztes und der Anwendungen genauso, wie die Privatpatienten dies im Interesse ihrer Krankenversicherung kontrollieren und ggf. berichtigen. Dies wäre die einfachste und beste Art, die Gesundheitskosten zu senken. Aber der Normalbürger fragt sich: Warum wollen die Ärzte und auch die Kassenärztliche Vereinigung dies nicht? Wer hat dort etwas zu verheimlichen? Wer hat von dem momentanen Zustand Vorteile? Warum fordert der Gesetzgeber dies nicht?

Hans Günter Merten, Saffig

„Sonderbar“

Die vorgeschlagene Einführung einer Kostenbeteiligung für Kassenpatienten an der ärztlichen Behandlung halte ich für eine sonderbare Idee aus der Klammottenkiste. Ich erinnere mich noch gut an die Zeiten der 10 Euro Praxisgebühr, die nicht wenige Patienten davon abhielt, notwendige Behandlungen rechtzeitig in Anspruch zu nehmen. Eine zu spät erkannte Krankheit aber kann Patienten

und Solidargemeinschaft teuer zu stehen kommen, ebenso wie die unkontrollierte Selbstbehandlung mit Internet und Apotheke. Einsparungen auf Kosten von Rentnern, Geringverdienern oder chronisch Kranken, den Patienten mit der höchsten Behandlungsfrequenz, halte ich darüber hinaus für unsozial. Im Übrigen behandeln wir Allgemeinärzte dank Gebührenordnung unsere Patienten ab der zweiten Konsultation sowieso „umsonst“, ganz egal ob sie dreimal oder 18-mal kommen.

Geld sparen könnten die Kassen, wenn sie aufhörten, ihren Mitgliedern Knochendichtemessungen und osteopathische Behandlungen zu bezahlen, die eigentlich explizit als Kassenleistungen ausgeschlossen sind. Auch auf die sinnfreien Bonusprämien für junge Gesunde könnte aus meiner Sicht leichter Herzens verzichtet werden.

Ob bei den Kassen, in Politik und Kassenärztlicher Vereinigung Kosten eingespart werden könnten, sollte ebenfalls einmal geprüft werden. Weniger Reglementierung und Gängelung der Ärzte sowie die Abschaffung der ständigen Regressandrohungen würden, neben einer fairen Honorierung, auch sicher mehr Allgemeinärzte auf das Land bringen. Den erwähnten, medizinisch nicht begründeten Wunsch nach einer Kernspintomografie traue ich mich meinen Patienten gegenüber auch abzulehnen – so viel Kompetenz und Courage habe ich mir als langjährig praktizierender Allgemeinmediziner dann doch angeeignet.

Dr. Michael Nentwich, Bad Sobernheim

Ihr Kontakt zu uns

Sie möchten auch Stellung zu Themen unserer Zeit oder unserer Zeitung beziehen? Schreiben Sie uns:

Rhein Zeitung „Leserbriefe“
56055 Koblenz
Fax: 0261/892-122
leserbriefe@rhein-zeitung.net

Gegen den Strich von Horst Haitzinger



Trump'sche Artillerie im Dauereinsatz

Aus 887 werden 35: Alles wird neu im Bistum

Kirche So stellt sich Trier in Zukunft das religiöse Leben vor

Von unserem Redakteur Michael Defrancesco

■ **Rheinland-Pfalz.** Das Bistum Trier hat die Pfarrei in der Form, wie sie bislang bekannt war, abgeschafft. Zumindest wird es im Jahr 2020 so weit sein, wenn alle derzeitigen Pläne umgesetzt werden. In Zukunft soll es 35 pastorale Räume geben – das Bistum nennt sie jetzt „Pfarreien der Zukunft“. Jeder dieser Räume hat einen einzigen Pfarrort, an dem die Verwaltung zusammengezogen wird und an dem der leitende Pfarrer ansässig sein wird. Generalvikar Ulrich Graf von Plettenberg stellte in Trier den Entwurf der neuen Raumgliederung vor, der nun im Bistum diskutiert werden soll. Die wichtigsten Fragen im Überblick:

Wo ist in Zukunft der Pfarrer zu finden?

Am zentralen Pfarrort, wie der Generalvikar erläuterte. Im nördlichen Rheinland-Pfalz heißen die Pfarrorte Betzdorf, Neuwied, Bad Neuenahr-Ahrweiler, Sinzig, Andernach, Mayen, Ochtendung, Koblenz, Cochem, Kastellaun, Oberwesel, Simmern, Bad Kreuznach und Idar-Oberstein.

Das Bistum braucht in Zukunft nur noch 35 leitende Pfarrer, pro Pfarrort einen. Was passiert mit den übrigen Priestern?

Bis Mitte 2019 soll es eine Erkundungsphase geben, kündigte der Generalvikar an. Am Ende soll entschieden werden, welche Priester am heutigen Ort bleiben und welche versetzt werden. Eine Studie habe ergeben, dass dieses Prozedere vielen Pfarrern entgegenkomme, sagte Plettenberg: Nur ein Drittel der Pfarrer sei leistungsfähig – die Studie erfasst nicht, wie viele Pfarrer leistungswillig sind. Wer nicht leitender Pfarrer an einem Pfarrort ist, soll nach aktuellem Stand ausschließlich in der Seelsorge tätig sein und keine Verwaltungsaufgaben mehr haben.

Was passiert mit den Pfarrgemeinderäten und den Finanzen der bisherigen Pfarreien?

Das Ziel ist, nur noch am Pfarrort einen Pfarrgemeinderat zu haben. Innerhalb der „Pfarrei der Zukunft“ sollen sich lokale Teams bilden, die das Glaubensleben am Ort wach halten und die sich untereinander vernetzen können, sagte der Generalvikar. Auch bei der Vermögensfrage soll das Ziel sein, dass „eine Pfarrei der Zukunft eine Kirchengemeinde“ wird. „Das geht aber nicht von heute auf morgen“, weiß Plettenberg.



Abschlussgottesdienst der Trierer Synode im April 2016: Nun zeichnet sich immer deutlicher ab, wie sehr sich das kirchliche Leben im Bistum Trier durch die Reform verändern wird.

Foto: dpa

Nach welchen Kriterien wurden die „Pfarreien der Zukunft“ zusammengeschritten?

Dechant Clemens Grünebach, Leiter der Teilprozessgruppe Raumgliederung, sagte, dass zunächst Wert darauf gelegt wurde, dass die derzeitigen Kirchengemeindeverbände möglichst als Ganzes in einer neuen Pfarrei der Zukunft aufgehen sollten. Die 35 neuen Räume sollten von möglichst gleicher Größe und Komplexität sein, wobei wichtige Maßzahlen Katholikenzahl und Fläche waren. Jeder Raum sollte so groß sein, dass er als Netzwerk funktionieren kann – es sollte eine gewisse Vielfalt gesellschaftlichen Lebens in seinem Gebiet vorhanden sein. Auch die Infrastruktur wurde berücksichtigt, also vorhandene Straßen ebenso wie Bahnlinien.

Nach welchen Kriterien wurde der Pfarrort ausgewählt?

Pfarrorte sollten gut ins Straßennetz eingebunden und somit gut erreichbar sein, sagte der Dechant. Sie müssen eine leistungsfähige Dateninfrastruktur haben, und es muss geeignete Räume geben.

Wo findet sich das Pfarrbüro?

Das zentrale Pfarrbüro soll eben-

falls im Pfarrort angesiedelt sein. Es soll entsprechend ausgestattet sein und möglichst ausgedehnte Öffnungszeiten anbieten, kündigte Dechant Grünebach an.

Wie soll das Glaubensleben in Zukunft aussehen?

„Es entsteht ein Netzwerk aus vielen Knotenpunkten“, formulierte es der Generalvikar. „Diese können sich bilden um unsere Kirchtürme oder an Einrichtungen, als Gruppen, die sich einem bestimmten Thema widmen oder eine Aktivität oder Zielgruppe.“

Wohin können sich Gläubige mit Fragen oder Kritik wenden?

Es wird acht Großveranstaltungen mit Bischof Stephan Ackermann geben. Außerdem kann auf der Internetseite www.herausgerufen.bistum-trier.de ein Rückmeldebogen ausgefüllt werden. Vom 27. März bis 10. April ist außerdem ein Resonanz-Telefon unter der Nummer 0651/71 05 777 geschaltet. Das Telefon ist jeweils montags bis freitags von 9 bis 17 Uhr besetzt.

➔ Eine Karte mit dem Zuschnitt der neuen Pfarreien finden Sie im Internet unter der Adresse www.ku-rz.de/pfarreien

Die Synode und ihre Hintergründe

Nach fast zweieinhalb Jahren Beratung hatte die Synode, in der Kleriker wie Laien tagten, im Bistum Trier im April 2016 ein Reformpaket für ihre Diözese beschlossen. Es sieht auch den Abschied von kleinen Pfarreien und die Bildung von Großpfarreien vor. Zuletzt gab es im Bistum fast 900 kleine Pfarreien. Aber der Priesterschwind ist dramatisch. Aktuell gibt es noch 294

Priester, ein bis zwei neue werden pro Jahr geweiht. Das Bistum geht davon aus, dass es in zehn Jahren altersbedingt nur noch 194 Priester geben wird. Deshalb sollen Pfarreien aufgelöst werden. Die Synode bestand aus 280 Laien und Geistlichen. Sie war die erste katholische Synode in Deutschland seit 1990, im Bistum Trier tagten Synodale zuletzt im Jahr 1956.

Leseranwalt

Jochen Kampmann ist Ihr Mann in unserer Redaktion



RZ-Leseranwalt, 56055 Koblenz
leseranwalt@rhein-zeitung.net

Jetzt nennen wir den Co-Piloten mit vollem Namen

Es ist nicht nur gute Sitte, sondern entspricht auch dem Pressekodex, dass man den Namen eines mutmaßlichen Täters und seiner Familie nicht nennt. So haben wir es auch bei Andreas Lubitz gehalten, der vor zwei Jahren eine Germanwings-Maschine mit 150 Menschen an Bord nach Erkenntnissen der Ermittler vorsätzlich gegen einen Felsen gesteuert hatte. Wir taten dies auch mit Rücksicht auf seine Angehörigen, die im Westerwald leben. Nachdem Günter Lubitz, Vater des Co-Piloten, allerdings selbst in Berlin eine Pressekonferenz abgehalten hat, ist das anders. Der Deutsche Presserat hatte übrigens bereits vor zwei Jahren die Nennung des Namens vom Co-Piloten der abgestürzten Germanwings-Maschine bei der Berichterstattung über die Katastrophe für zulässig erklärt. Demnach beging Andreas Lubitz, als er am 24. März den Jet zum Absturz brachte, „eine außergewöhnlich schwere Tat, die in ihrer Art und Dimension einzigartig ist“. Auch die Veröffentlichung von Fotos des Co-Piloten sei in den allermeisten Fällen gerechtfertigt gewesen. Unzulässig war dagegen nach Ansicht des Gremiums die Abbildung von Opfern und deren Angehörigen. Wegen der großen Zahl der Zuschriften musste der Presserat zwei Tage beraten. Ihn hatten zu der Katastrophe Beschwerden von 430 Menschen erreicht, so viele wie bis dahin noch nie zu einem einzelnen Ereignis.

Das bringt der Tag

Die Sommerzeit beginnt
In der Nacht zum Sonntag werden die Zeiger wieder um eine Stunde vorgerückt. Bisher hat das immer reibungslos geklappt. Viele spüren aber den Schlafmangel.

Landtagswahl im Saarland

Start ins deutsche Superwahljahr 2017: Rund 800 000 Menschen im Saarland entscheiden an diesem Sonntag über die Zusammensetzung des Landtags.

Parlamentswahl in Bulgarien
Es wird ein Kopf-an-Kopf-Rennen der Regierungspartei GERB mit den Sozialisten erwartet. Auch zwei Türkenparteien treten an.

Facebook

Der Nürburgring feiert im Juni 90. Geburtstag

Antje Orthia: 90 Jahre später geht mir noch immer das Herz auf: total spannende Wettkämpfe mit tollen Autos. Ich drehe mich rum: endloser Wald, seltene Vögel brüten dort. Dieser Platz erhebt die Seele, also meine zumindest.

➔ Sie finden uns unter [facebook.com/rheinzeitung](https://www.facebook.com/rheinzeitung)

Video des Tages



Drahtesel feiert Geburtstag

Von der Idee der ersten Laufmaschine 1817 von Freiherr von Drais bis zum modernen Mountainbike heute – die Galerie Handwerk in Koblenz zeigt zum 200. Geburtstag des Fahrrads eine Jubiläumsausstellung. Unser Reporter hat sich umgesehen.

➔ Das Video finden Sie unter ku-rz.de/fahrrad